

KOMMENTAR

Der Hass auf die Deutschen

Die Hetze der griechischen Regierung ist unerträglich

MATTHIAS IKEN

Bislang mag man die griechischen Politiker, die seit Januar die Regierung stellen, für unorthodox gehalten haben, gar für mutig oder sozial. Inzwischen aber dürfte auch dem letzten Claqueur aufgefallen sein: In Athen regieren Populisten, Provokateure, ja Hasardeure.

Kein Tag vergeht, ohne dass die Links- und Rechtsradikalen, die in Griechenland offenbar eine Allianz der Unverschämten geschmiedet haben, ihre Partner in Europa beleidigen oder beschimpfen. Besonders die Deutschen sind das Feindbild, das die radikalen Politiker in Athen erst eint. Man kann über die Rückzahlung der Zwangsanleihe der Griechen während des Zweiten Weltkriegs durchaus streiten, man darf über Reparationen diskutieren - aber nicht, wenn man dabei seinen Partner bepöbelt. Die jüngsten Einfälle in Athen sind Ausfälle: Verteidigungsminister Panos Kammenos von der nationalkonservativen Partei „Unabhängige Griechen“ droht damit, Flüchtlinge nach Berlin zu schicken. Dann möchte Justizminister Nikos Parakevopoulos deutsches Eigentum in Griechenland beschlagnahmen. Zugleich werden Gesamtforderungen an Deutschland in Höhe zwischen 269 und 332 Milliarden Euro präsentiert. Und zwischendurch beschimpft Griechenlands Politik Italiener und Spanier. Schuld sind immer die anderen.

Offenbar will man in Athen vergessen machen, dass sich die Griechen mit frisierten Statistiken in den Euro geschummelt, dann mehrere Jahre über ihre finanziellen Verhältnisse gelehrt haben und sich schließlich von den Partnern retten lassen. Nun möchte die Regierung weitere „Solidarität“ erzwingen. Übrigens auch von Ländern, deren Mindestlohn niedriger liegt als in Hellas. Bei allem Verständnis für die Notlage vieler Griechen - wann sind Helfer jemals so unverschämt behandelt worden?

Mit dieser Taktik haben sich die Griechen ins Aus manövriert. Die bislang beste Idee von Alexis Tsipras waren Neuwahlen: Entweder das griechische Volk wählt seine Regierung ab - oder es wählt den Ausstieg aus der Währungsunion. Mit Tsipras jedenfalls wird es nicht mehr lange gut gehen. Die Geduld mit seiner Regierung ist längst aufgebraucht.

Seite 5 Warum Athen jetzt Reparationen fordert

ZITAT DES TAGES

Wir sollten uns auf die Themen der Gegenwart und der hoffentlich guten Zukunft für unsere beiden Länder konzentrieren.

Regierungssprecher Steffen Seibert zu den griechischen Reparationsforderungen



Karikatur: toonpool/KOUFOGIORGOS

LEITARTIKEL

Elternzeit ohne Risiko!

Wenn Kinderkriegen für Arbeitnehmer zu einem Nachteil wird, ist Deutschland am Ende

Familienfreundlich möchten alle Unternehmen sein, zumindest den Ruf hätten sie gern. Wenn es aber darum geht, in den Firmen die Grundlagen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, wird es leider oft knifflig. Machen wir uns nichts vor: Heimarbeit, Führungskräfte in Teilzeit oder Auszeiten wie die sogenannten Sabbaticals sind eben keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen in vielen Betrieben von den Arbeitnehmern hart erkämpft werden.

Bei der Elternzeit ist das glücklicherweise nicht mehr so, weil sie gesetzlich geregelt ist. Und eigentlich sollte es überhaupt kein Thema sein, dass Frauen und Männer von ihrem Recht darauf Gebrauch machen - im Gegenteil: Die, die das tun, müssten von Unternehmern aktiv gefördert und auf keinen Fall benachteiligt werden. Elternzeit, ganz gleich von wem genommen, darf nicht zum Karriereknick werden, weil sie sonst eines Tages ganz scheitern könnte. Und das wäre für Deutschland, dieses reiche Land mit der dafür unvorstellbar armen Geburtenrate, genauso ein Desaster wie für seine erfolgsverwöhnte Wirtschaft.

Jedes einzelne Unternehmen muss ein Interesse daran haben, dass in unserem Land in Zukunft wieder deutlich mehr Kinder geboren werden. Die brauchen wir, so profan das jetzt auch klingen mag, als Arbeitskräfte, als Konsumenten, als Staatsbürger, als Einzähler in die Rentenkasse. Dafür und natürlich für eine Gesellschaft, in der

Kinder und Familie wenigstens so wichtig sind wie Beruf und Karriere, müssen wir alles tun, was möglich ist.

Firmen, in denen die Inanspruchnahme einer Elternzeit als Schwäche aufgefasst wird und dem Betroffenen eventuell sogar Nachteile bringt, werden es mit großer Sicherheit bei der Suche nach Personal in den nächsten Jahren schwer haben. Denn die Generation von Arbeitnehmern, die aktuell

LARS HAIDER



Der Autor ist Chefredakteur des Hamburger Abendblatts

heranwächst, legt nicht nur viel mehr Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als wir das in der Vergangenheit kannten. Sie kann es sich angesichts des zum Teil bereits akuten Fachkräftemangels auch leisten, andere und zusätzliche Forderungen zu stellen. Klar ist schon jetzt: Die Höhe des Gehalts wird künftig an Bedeutung verlieren, bisher „weich“ genannte Faktoren wie zum Beispiel Kinderbetreuung werden eine wichtige Rolle spielen. Die Frage, ob Frau oder Mann

Elternzeit nimmt beziehungsweise wie lange, dürfte sich in einem fortschrittlichen Unternehmen theoretisch gar nicht mehr stellen. Dass das in der Praxis leider anders aussieht, liegt auch an der demografischen Lage, in die wir uns hineinmanövriert haben. Denn Arbeitnehmer mit Kindern treffen in den Betrieben immer auch auf eine (zunehmende) Anzahl von Arbeitnehmern, die keine Kinder haben. Das kann zu einer Art Wettbewerbsverzerrung beim Kampf um die besten Jobs führen, weil letztere in der Regel weniger Ausfallzeiten und weniger Krankheitsstage haben werden, weil sie länger und verlässlicher im Büro bleiben können, weil sie ihre Urlaube in Jahreszeiten nehmen können, in denen es kaum auffällt.

Kinderlosigkeit kann beruflich ein Vorteil sein, darf es aber nicht. Sonst geht das Interesse der Deutschen, Familien zu gründen oder gar mehr als ein Kind zu bekommen, noch weiter zurück. Damit das nicht so kommt, sind vor allem die Chefs in der Pflicht: Sie müssen nicht zwangsläufig selbst Väter oder Mütter werden, sie müssen nicht unbedingt Elternzeit nehmen, auch wenn beides natürlich ideal wäre. Aber sie sollten zu denen stehen, die genau das tun. Und gerade Männer ermuntern, noch länger Elternzeit zu nehmen als bisher. Denn das ist nicht nur gut für die betroffene Familie - sondern am Ende für alle.

Seite 3 Nach Väterzeit droht der Karriereknick

Briefe an die Redaktion

Finanzierung noch unklar

11. März: „Her mit den Spielen! Olympia-Umfrage: In der Hansestadt stimmen deutlich mehr Bürger einer Bewerbung zu als in Berlin. Wird der Stimmungstest den Ausschlag geben?“

Das Ergebnis der Umfrage war nach dem medialen Dauerbeschuss der vergangenen Monate und der einseitigen Haltung des Senats nicht überraschend. Allein - es ist kaum etwas wert, denn die Grundlagen für eine halbwegs objektive Entscheidung sind ja noch nicht bekannt. Weder die Frage der Finanzierung noch die der Umsetzbarkeit sind hinreichend klar. So hätte man die Leute auch fragen können, ob sie sich ein wöchentliches Freibier wünschen. Ich habe den Vorschlag, dass die Befürworter eine Anlage zeichnen, um damit die Planung zu finanzieren. Sollte Hamburg dann tatsächlich mit der Ausrichtung der Spiele beauftragt werden, kann das Geld ja zurückgezahlt werden.

Super Ergebnis

In Hamburg sprechen sich fast zwei Drittel der befragten Bevölkerung für die Olympischen Spiele in Hamburg aus. Ein super Ergebnis!

„Olympia-besoffen“

Man muss den Eindruck gewinnen, Hamburg sei „Olympia-besoffen“. Ein bisschen mehr hanseatische Nüchternheit wäre vielleicht nicht verkehrt.

Auch an Normalbürger denken

10. März: „Schöner Wohnen. Grandiose Aussicht aus bis zu 110 Metern Höhe. Preise pro Quadratmeter: 30.000 bis 36.000 Euro, bezugsfertig zur Elbphilharmonie-Eröffnung im Januar 2017“

Sicherlich ist es sehr prestigeträchtig, wenn die „Schönen und Reichen“ ihren Zweitwohnsitz in der Hansestadt haben. Allerdings sollten die verantwortlichen Politiker nicht nur die oberen Zehntausend im Blick haben, sondern auch den überwiegenden Teil der Bevölkerung, der nicht über Einkommen im Millionenbereich verfügt. Hamburg muss für alle Bürger bezahlbar bleiben - das gilt nicht nur für das Wohnen, sondern auch für die übrigen Lebenshaltungskosten.

Ungenutzte Busspuren

10. März: „Rot-Grün einigt sich: Hamburg wird Fahrradstadt. Künftige Koalition beschließt Aus für die Stadtbahn. Radwegenetz wird massiv ausgebaut“

Es ist sicherlich erforderlich, Radwege zu schaffen. Aber dabei muss auch die effiziente Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums bedacht werden. Führt man heute z. B. über die Grindelallee, stauen sich häufig die Autos auf zwei Fahrbahnen und die dritte - die Busspur - bleibt weitgehend leer. Das Ergebnis: längere Standzeiten vor der Ampel, also Staus und mehr Abgase. Soll den Autos nun weiterer Raum genommen werden, ist vorher eine Nutzenanalyse erforderlich: Wie häufig und intensiv wird eine Strecke von Radfahrern genutzt? Wieviel Radverkehr gibt es im Sommer und wieviel im Winter? Brachliegende Verkehrsflächen und gleichzeitige Behinderungen des übrigen Verkehrs mit Staus und Abgasen kann sich Hamburg nicht leisten.

Es darf nicht um Ideologie, sondern es muss um effiziente Nutzung des Verkehrsraums gehen.

Wählern in Rücken gefallen

Da wird ständig über Politikverdrossenheit diskutiert und nun so etwas! Die Grünen fallen ihrer gesamten Wählerschaft in den Rücken. Elbvertiefung, Hafenuferspange und Stadtbahn - nichts wurde bei diesen Themen erreicht! Die Konsequenz wäre gewesen, sofort aus den Verhandlungen auszuscheiden, aber dafür ist man dann doch wohl zu machtorientiert.

Verhalten nicht unhöflich

6. März: „Muslima verweigert den Handschlag - Eklat bei Kinderarzt in Norderstedt“

Vorwegschicken möchte ich, dass ich keiner Glaubensgemeinschaft angehöre und seit Geburt Deutsche bin (tut aber eigentlich nichts zur Sache). Ich finde es furchtbar, dass man jedermann die Hände zur Begrüßung schütteln muss - jedenfalls Leuten, die ich nicht kenne, über die ich nichts weiß. Und ich denke, dass ich von mir sagen kann, dass ich gute Umgangsformen besitze, höflich bin und weiß, was sich gehört - aber Händeschütteln gehört nun einmal in meinen Augen nicht dazu. Händeschütteln lehne ich ab, aus vielerlei Gründen, aber sicherlich nicht aus Unhöflichkeit. Meine Ärzte z. B. respektieren es alle, dass ich ihnen nicht die Hand gebe und wissen, dass ich das nicht aus Unhöflichkeit tue. Allerdings stößt es in meinen Beruf - ich arbeite in einem Büro - teilweise auf Unmut, wenn ich den Mandanten nicht die Hand gebe. Ich muss dann (leider) zu der Ausrede greifen, dass ich erkältet sei. Schlimm! Das empfinde ich zum Beispiel als respektlos, wenn man meinen Willen diesbezüglich nicht akzeptiert.

Gefällte Bäume sind Verluste

9. März: „Aufregung um gefällte Kastanien“

So einfach geht es: Mein Freund, der Baum, ist tot, er starb im ersten Morgenrot. Jeder gefällte Baum ist ein Riesenverlust für unsere Stadt, und es werden immer mehr Bäume gerodet und abgeholzt.

Wassertaxis - teurer Hype

9. März: „Per Wassertaxi zum Olympiastadion. Hamburgs Nahverkehr müsste für die Sommerspiele 2024 schnell und kreativ ausgebaut werden“

Wenn der HVV es endlich schaffen würde, die Fährlinie 73 nach Wilhelmsburg auch an den Wochenenden zu betreiben, wäre das nett. Wassertaxis sind doch nur ein Hype und ein Sand-in-die-Augen-Streuen - das wird teuer und kann nicht die Lösung der Verkehrsprobleme auf der Elbe sein. Eine Stadtbahn würde da schon mehr wegschaffen, wäre nicht so teuer und schnell umzusetzen.

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Briefe auch auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an briefe@abendblatt.de oder per Post an das Brieffach 2110, 20350 Hamburg

FRANKENFELDS WELT

Terror gegen das Erbe der Menschheit

Vor Tausenden von Jahren entstanden in Mesopotamien die ersten Hochkulturen. Jetzt beginnt die IS-Miliz damit, ihre Spuren auszulöschen

THOMAS FRANKENFELD

Mesopotamien, das „Land zwischen den Flüssen“, wie Alexander der Große diese Weltregion zwischen Euphrat und Tigris getauft haben soll, gilt als die Wiege der Zivilisation. Durch Mesopotamien zieht sich der „Fruchtbare Halbmond“, ein uraltes Siedlungsgebiet, das einer der Geburtsorte der Neolithischen Revolution vor rund 11.000 Jahren war. Darunter versteht man den Übergang des Menschen vom Wildbeuter, dem Sammler und Jäger, zum sesshaften Ackerbauern. Erst dadurch, dass der Mensch lernte, Nahrung anzubauen und zu bevorraten, wurde es ihm möglich, sich dauerhaft niederzulassen. Ihre Siedlungen wuchsen zu Städten. Archäologen und Historiker bekommen glänzende Augen, wenn sie Namen wie Ur, Uruk, Kisch oder Lagasch hören - die ersten urbanen Zentren der Menschheit. Auch die zweite wichtigste Erfindung der Menschheitsgeschichte wurde in Mesopotamien gemacht: die der Schrift. Es waren die Sumerer, die vor mehr als 5000 Jahren keilförmige Zeichen in Tontafeln drückten. Erst die Schrift ermöglichte eine Verwaltung von Menschen und Material sowie die

Aufzeichnung von Geschichte. Zivilisation, wie wir sie kennen, ist ohne Schrift nicht möglich. Aus der mesopotamischen Stadt Akkad, deren Lage wir nicht mehr kennen, entwickelte der Eroberer Sargon das erste Großreich der Geschichte. Mesopotamien ist wie Ägypten oder die Türkei einer der reichsten Fundorte der Erde von Relikten früherer Zivilisationen. Sie sind akut bedroht von den Fanatikern des „Islamischen Staates“ (IS), die sich mit der physischen Vernichtung oder Versklavung aller Andersdenkenden auch die völlige Zerstörung aller Relikte vorislamischer Kulturen zum Ziel gesetzt haben. „Sie zerstören nicht nur unser gegenwärtiges Leben und nehmen sich Dörfer, Kirchen und Wohnheime - sie wollen zudem unsere Kultur, unsere Vergangenheit und Zivilisation auslöschen“, sagte Habib Afram, Präsident der zivilgesellschaftlichen Organisation „Syriaic League in Lebanon“ der Londoner Zeitung „Guardian“. Eines ihrer ersten Opfer waren die Ruinen der Stadt Nimrud. Benannt nach dem sagenhaften alt-

orientalischen König, war Nimrud im neunten vorchristlichen Jahrhundert Hauptstadt des mächtigen Assyrischen Reiches. Die intoleranten Eiferer des IS zerstörten die uralte Festung, ihre Stauten und Mauern mit Bulldozern. Im 30 Kilometer entfernten Mossul hatte der IS bereits das Museum der Stadt geplündert und unersetzliche Kunstgegenstände aus fünf Jahrtausenden mit Vorschlaghämmer zertrümmert. Gut 100 Kilometer südwestlich von Mossul in der Wüste liegen die Ruinen von Hatra, das zum Weltkulturerbe der Unesco gehört. Hatra war vor zweitausend Jahren die stark befestigte Hauptstadt eines kleinen mesopotamischen Fürstentums, das sogar den Römern trotzte. Es galt im Altertum als Schmelztiegel der Kulturen und erlaubte die friedliche Koexistenz verschiedener Religionen und Gottheiten. Offenbar ist dies ein Grund, warum der IS die Ruinen mit Sprengstoff und Bulldozern einebnete. Ähnlich erging es den ehrwürdigen Resten der Zitadellenstadt Dur Sharrukin, die im achten Jahrhundert vor Christus vom Assyrerkönig Sargon II. als Residenzstadt gebaut worden war. Dur Sharrukin, heute Khorsabad, liegt 16 Kilometer von Ninive entfernt im Irak. Wie auch an anderen Orten richtete sich der Fanatismus des IS vor allem gegen figürliche Darstellungen wie die berühmten Torwächter Lamassu, geflügelte Stiere mit Menschenköpfen. Sie wurden gesprengt. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon spricht angesichts der IS-Barbarei von einem Kriegverbrechen. Der britische Historiker Tom Holland sagt: „Es ist ein Verbrechen gegen Assyrien, gegen den Irak - und gegen die Menschlichkeit. Zerstöre die Vergangenheit - und du kontrollierst die Zukunft. Die Nazis wussten das und die Roten Khmer auch. Und auch der Islamische Staat hat das sehr wohl verstanden.“ Bei den Ruinen, die in Mesopotamien von Barbaren zerstört werden, handelt es sich um nichts weniger als um die Wurzeln dessen, was unsere Zivilisation ausmacht.



Abendblatt-Chefautor Thomas Frankenfeld greift an dieser Stelle jeden Donnerstag ein aktuelles Thema auf Andreas Laible

PRESSESCHAU

Zum Ost-West-Verhältnis Das Ost-West-Verhältnis befindet sich in einer neuen Eiszeit, die so schnell nicht vorüber sein wird. Noch immer fällt die Temperatur. Der Westen verfolgt die Ausbreitung der sibirischen Kälte nach wie vor mit einer gewissen Fassungslosigkeit, aber wenigstens nicht mehr tatenlos. Partner wie Polen und Deutschland rücken enger zusammen. Die Nato sollte Putin einen Verdienstorden dafür verleihen, dass er sie wiederbelebt hat. Nun muss sie darauf achten, dass sie sich nicht von ihm spalten lässt. Berlin spielt auch auf diesem Feld die Hauptrolle. FRANKFURTER ALLGEMEINE Zu Merkels Terminabsage an Moskau Die feine Gedenkverschiebung der Kanzlerin ist mit Wladimir Putin abgestimmt. Sie wollen den Kranz sogar ge-

meinsam niederlegen. Das bedeutet also, dass man im Gespräch ist und bleiben will, nicht nur über die Geschichte, sondern vor allem über die Gegenwart, über den Krieg in der Ukraine. Das ist die eigentlich gute Nachricht hinter der Absage Merkels für den 9. Mai. BERLINER ZEITUNG Zum Berlusconi-Urteil So etwas nicht verurteilen zu wollen oder zu können, ist eine Schande. Mögen Berlusconi Speichellecker jetzt triumphieren, mit dem Freispruch sei „endlich die Wahrheit ans Licht gekommen“. Die Wahrheit ist, dass sich der Regierungschef eines europäischen Landes Prostituierte im Dutzenderpack bestellt, Zeugen bestochen und Gesetze zu seinen Gunsten hat ändern lassen. Straffrei bleibt dieser Mann, „unschuldig“ ist etwas ganz anderes. STUTTGARTER ZEITUNG

Nach Väterzeit droht der Karriereknick

Wenn Männer länger als zwei Monate aus dem Beruf aussteigen, um für ihre Kinder da zu sein, müssen sie mit Nachteilen im Job rechnen

FLORA WISDORFF

BERLIN :: Das ist zum Beispiel Herr Rabe. Der Teamleiter Personalmanagement eines großen Automobilkonzerns hatte nach der Geburt seines ersten Kindes sechs Monate Elternzeit genommen. Das wird er nicht noch einmal tun. Beim zweiten Kind würde er höchstens zwei Monate nehmen – wenn überhaupt, erzählte der Teamleiter den Autoren der Studie „Nachhaltige Effekte der Elterngeld-Nutzung durch Väter“ des Berliner SoWiTra-Instituts.

Rabe hat sehr negative Erfahrungen gemacht: Sobald er die Dauer seiner Elternzeit bekannt gegeben hatte, wurden seine Leistungen negativ beurteilt. Ihm wurde „Illoyalität als Mann“ vorgeworfen, seine weibliche Vorgesetzte sagte: „Man hätte einfach etwas anderes erwartet, sonst hätte man ja eine Frau einstellen können.“ Bei seiner Rückkehr aus der Elternzeit wurden ihm nur noch eine Arbeitszeit von 30 Stunden angeboten, sagt Rabe – zuvor hatte er 40 Stunden gearbeitet. Rabe wurde nahe gelegt, sich nach einem anderen Bereich umzuschauen. Seine Mitarbeiterin war bereits einer anderen Abteilung unterstellt worden, als er zurückkehrte. Mehr als ein Jahr später hat sich seine Position nicht verbessert.

Zwar berichten die meisten Väter, die Elterngeld in Anspruch genommen haben, dass sich nach der Rückkehr für sie keine Verschlechterung der beruflichen Position ergeben habe, doch wer mehr als die üblichen zwei Monate nimmt, für den steigt die Gefahr des Karriereknicks.

„Während eine kürzere Nutzung mit ein bis zwei Elterngeldmonaten den Karriereverlauf in der Regel nicht beeinträchtigt, steigt die Gefahr mit einer längeren Elterngeldnutzung von mindestens drei Monaten deutlich an“, berichten die Autoren der neuen Studie, die von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde. „Neben Ansehens- und Einkommensverlusten kommt es am häufigsten zu schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten“, so ihre Feststellung.

Für die Studie wurden zwischen 2012 und 2014 ausführliche Interviews mit 43 ausgewählten Elterngeldvätern sowie eine Online-Umfrage mit mehr als 600 Teilnehmern durchgeführt. Die Online-Befragung sei mit der offiziellen Elterngeldstatistik weitestgehend vergleichbar, schreiben die Autoren. Bei den 43 ausgewählten Interviewpartnern seien Väter mit längerer Elterngeldnutzung überrepräsentiert, weil man genau mit diesen Vätern sprechen wollte.

Zwei Drittel der intensiv befragten Väter nahmen drei oder mehr Elternzeitmonate. Laut der offiziellen Statistik nimmt nur ein Fünftel der Väter mehr als zwei. Fast jeder dritte Vater nimmt inzwischen Elternzeitmonate, im Schnitt drei.



Gut jeder dritte Vater nimmt mittlerweile die Elternzeit in Anspruch, doch nur ein kleiner Teil mehr als zwei Monate

picture alliance

In der Online-Befragung gab mit drei Vierteln die große Mehrheit der Väter an, ihre Aufstiegsmöglichkeiten hätten sich nach der Elternzeit nicht verändert. Das Karriereisiko steigt jedoch der Studie zufolge mit der Dauer des Elterngeldbezugs: 16 Prozent der Zweimonats-Väter sehen demnach eine Verschlechterung ihrer betrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten. Bei jenen, die mindestens drei Monate Elternzeit nehmen, sind es schon 27 Prozent. In den ausführlichen Einzelinterviews bestätigte sich dieses Ergebnis.

Unabhängig davon, ob ihr Betrieb als familienfreundlich gilt, berichten die Väter von Einschränkungen ihrer bisherigen Tätigkeitsfelder, von Projekten mit weniger Verantwortung oder von einer erwartbaren Beförderung, die dann noch nicht erfolgte. So sagt ein Berater in einem großen Pharmaunternehmen, der sieben Monate Elternzeit bezog: „Ich bin in Elternzeit gegangen, da war ein Cut, und man kann wieder von vorn anfangen, mit allen Verhandlungen, mit allen Sachen,

mit allem wieder von vorn.“ Beim zweiten Kind nahm er nur noch zwei Monate Elternzeit, beim dritten dann gar keine mehr. Seine Frau und er kehrten zur traditionellen Rollenverteilung zurück, er war wieder der Familienernährer.

Neben Ansehens- und Einkommensverlusten kommt es zu schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten. Aus der Studie

Der Studie zufolge bekommen Väter vor allem in solchen Betrieben mehr Probleme länger auszusteigen, in denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Privatsache angesehen wird und die Betriebskultur noch nicht „väterorientiert“ sei. Vor allem die Unterstützung des direkten Vorgesetzten spiele eine Schlüsselrolle.

Wer bei der Umsetzung der Elternzeit starke Unterstützung des direkten Vorgesetzten erfahre, habe auch weniger Probleme beim Wiedereinstieg.

Bei jenen, die Unterstützung erfahren, verschlechterte sich die Situation nur für fünf Prozent der Befragten. In der Gruppe, die nicht von ihren Chefs unterstützt wurde, berichteten dagegen 24 Prozent von einer längerfristigen Verschlechterung der Berufssituation.

Immer noch müssen Väter mit negativen Reaktionen ihrer Vorgesetzten rechnen, wenn sie in Elternzeit gehen. Immerhin 31 Prozent der Väter, die nur ein bis zwei Monate nahmen, berichteten von negativen Erfahrungen. Bei Vätern mit mindestens drei Monaten stießen 36 Prozent auf anfängliche Ablehnung.

Je schwieriger es ist, eine Vertretung für den Mitarbeiter zu organisieren, desto negativer fällt den Befragten zufolge die Reaktion der Chefs aus. Die Vorgesetzten befürchten oft, ihre eigenen betrieblichen Leistungsvorgaben nicht erfüllen zu können.

Will die Firma offiziell die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, könne das, müsse aber nicht die Einstellung der Vorgesetzten beeinflussen. „Familienorientiert heißt nicht unbedingt väterorientiert“, heißt es in der Studie. Die meisten Vorgesetzten folgten vor allem ihren persönlichen Einstellungen, Leitbildern und ihren Vorstellungen von Männlichkeit, bevor die offizielle Firmenpolitik greife. „Das hängt vom Lebensmodell der Führungskraft ab. Wenn da Familie kein Lebensmodell ist, dann ist kein Verständnis da“, sagt ein Befragter.

Wer nach der Elternzeit allerdings seine Arbeitszeit längerfristig reduziert – das ist laut der Online-Umfrage immerhin jeder fünfte Vater – läuft Gefahr, in der „Teilzeit-Falle“ zu landen. „Die Erkenntnis vieler Frauen, dass Teilzeit und Karriere sich ausschließen, ist zunehmend eine Erfahrung, die auch Männer machen müssen“, schreiben die Autoren.

Seite 2 Leitartikel

180 Millionen Euro Forschungsgeld für die IT-Sicherheit

BERLIN :: Angriffe von Computerhackern und Identitätsdiebstahl im Internet machen Unternehmen und Bürgern zunehmend zu schaffen. Die Bundesregierung stellt nun Geld zur Verfügung, um Gegenmaßnahmen zu erforschen. Das Bundesforschungsministerium will in den nächsten fünf Jahren 180 Millionen Euro in Forschungsprojekte zum Thema IT-Sicherheit investieren. Damit soll unter anderem erforscht werden, wie Täter und Schäden bei IT-Angriffen besser aufgedeckt werden können.

„Wir brauchen Kenntnisse darüber, wenn so ein Hacker-Angriff registriert wurde: Wer ist der potenzielle Täter und was ist da passiert?“, sagte Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) am Mittwoch in Berlin. Auch Maßnahmen gegen Identitätsdiebstahl sollen gefördert werden. „Von dem Programm soll auch der einzelne Nutzer profitieren“, sagte Wanka.

Kleine und mittlere Unternehmen bemerken Hackerangriffe oft gar nicht. Erkennung und Aufklärung von IT-Sicherheitsfällen soll deshalb der erste Schwerpunkt des Forschungsprogramms werden.

Auch sichere Kommunikationstechnologien sollen vom Ministerium gefördert werden. Ein Beispiel dafür sei Kommunikation mit Quantentechnologie. Dabei bemerke man sofort, ob jemand mithört, sagte Wanka. Man könne sich das vorstellen wie zu DDR-Zeiten, als es in der Leitung „Klick“ gemacht habe. Auch für die Kommunikation von selbstfahrenden Autos oder vernetzten Maschinen in der Industrie sei eine sichere Kommunikation unverzichtbar, sagte die Ministerin.

Dabei sollen nicht nur neue Technologien erforscht werden. In einigen Bereichen sei Deutschland bereits Marktführer, sagte die Informatik-Professorin Claudia Eckert von der Technischen Universität München. Ein Teil des Forschungsgeldes kann in Programme fließen, die das Bewusstsein für IT-Sicherheit schärfen. 180 Millionen Euro seien ein Anfang, sagte Wanka. „Wir müssen sehen, ob wir in ein paar Jahren aufstocken. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange.“ (dpa)

Union: Arbeitgeber bei Rentner-Jobs entlasten

BERLIN :: Die Union will Arbeitgeber bei den Sozialbeiträgen entlasten, wenn sie Rentner beschäftigen. Fachpolitiker der Union wollen der SPD vorschlagen, dass Arbeitgeber für Altersrentner keine Beiträge an die Bundesagentur für Arbeit entrichten müssen. Das wurde am Mittwoch aus der Unions-Fraktion bestätigt. Arbeitgeber würden so um etwa 80 Millionen Euro entlastet. Beschäftigten mit voller Rente solle zudem ermöglicht werden, durch eigene Beiträge an die Rentenkasse ihre Altersbezüge zu erhöhen. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Carsten Linnemann sagte, dies gehe in die richtige Richtung, um einen Anreiz für längeres Arbeiten zu schaffen: „Aber es kommt auf das Gesamtpaket an.“

Bisher zahlen Arbeitgeber für Rentner, die neben einer vollen Rente sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, Beiträge an Renten- und Arbeitslosenversicherung. Das soll verhindern, dass Rentner durch niedrige Sozialbeiträge jüngere Arbeitnehmer verdrängen. Der Rentenanspruch wird damit aber nicht erhöht. Die Union will den Angaben zufolge vorschlagen, dass beschäftigte Rentner freiwillig Rentenbeiträge zahlen können. Dann solle auch der Rentenbeitrag der Arbeitgeber aktiviert werden und den Rentenanspruch erhöhen.

Fachpolitiker von Union und SPD beraten seit Monaten über Möglichkeiten, wie die Übergänge in die Rente sowohl vor Erreichen des Rentenalters als auch bei längerem Arbeiten flexibler gestaltet werden können. Die Union hatte dies bei der Verabschiedung der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren zur Bedingung gemacht.

Die SPD-Verhandlungsführerin Katja Mast zeigte sich zurückhaltend gegenüber dem Vorschlag. „Mit der Idee der Union wird der Rentenkasse Geld entzogen“, sagte sie der „Saarbrücker Zeitung“. Sie lehne ein „Sonderarbeitsrecht für billige ältere Arbeitnehmer“ ab. Auch der Verhandlungsführer der Union, Karl Schiewerling, hielt sich bedeckt. Die Union wolle Anreize für längere Beschäftigung schaffen, werde aber keine „neuen Steuer gelder in die Hand nehmen“. (rt)

Studie: Große Mehrheit der Eltern vertraut Lehrern ihrer Kinder

BERLIN :: Eltern kritteln gern an den Lehrern ihrer Kinder herum und beäugen sie misstrauisch – ein verbreitetes Klischee. Doch das ist eben nur ein Klischee, hat jetzt eine aktuelle Umfrage ergeben. Demnach geben Lehrer den Eltern nach deren Einschätzung oft wertvolle Orientierung in schwierigen Bildungs- und Erziehungsfragen.

Die meisten Eltern in Deutschland stellen den Lehrern ihrer Kinder ein gutes Zeugnis aus: 70 Prozent der Väter und Mütter vertrauen den Pädagogen bei Fragen zu Erziehung und Bildung – über alle sozialen Schichten hinweg. Das hat die am Mittwoch in Berlin vorgestellte Studie „Was Eltern wollen“ des Allensbach-Instituts im Auftrag der Vodafone Stiftung ergeben.

Zwei Drittel der Eltern halten die Ratschläge der Pädagogen für gut

Zwei Drittel aller Eltern, die sich an Lehrer wenden, halten deren Ratschläge für gut (64 Prozent). Die Zufriedenheit mit den Tipps anderer Eltern ist hingegen geringer (47 Prozent). Nur wenige Väter und Mütter nutzen für solche Fragen spezielle Foren und Blogs im Internet (14 Prozent). Ratgeberseiten (9 Prozent) oder soziale Netzwerke (3 Prozent). Der Umfrage zufolge hält gut ein Viertel (27 Prozent) der Befragten das Informationsangebot der Schulen für insgesamt zu gering.

Laut der Allensbach-Umfrage bei 1126 Eltern fühlt sich mehr als die Hälfte

(54 Prozent) der Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen in Sachen Kindererziehung und Bildung unsicher – bei finanziell besser gestellten Müttern und Vätern waren dies nur 24 Prozent. Dies scheint sich auf die Kinder auszuwirken, so die Schlussfolgerung der Studie: Rund 40 Prozent der sozial benachteiligten Eltern sind der Überzeugung, dass ihr Kind in der Schule gut zurecht kommt – bei den sozial Bessergestellten sind es dagegen gut 70 Prozent.

Der Ausgangspunkt für die Umfrage war nach Angaben der Vodafone Stiftung das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der damaligen Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Das Programm sollte gezielt 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien unterstützen. Die bereitgestellten finanziellen Mittel wurden jedoch zunächst zu einem großen Teil gar nicht abgerufen – möglicherweise, weil den Eltern die Orientierung fehlte.

„Die Umfrage widerlegt nicht nur das gängige Vorurteil vom Misstrauen zwischen Elternhaus und Schule, sondern zeigt auch, wo die Politik ansetzen sollte“, hieß es von der Stiftung. „Sie sollte das Vertrauen der Eltern in die Lehrer nutzen und die Schulen beim Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für Eltern unterstützen. Hierfür bedarf es noch mehr gemeinsamer Initiativen von Bildungs- und Familienpolitik.“ (dpa)

Deutsche Unis holen weltweit auf

Die sechs Top-Hochschulen des Landes rücken in internationaler Rangliste weiter nach vorn

THOMAS VITZTHUM

BERLIN :: Deutschlands Hochschulen können weltweit einen Prestigezuwachs verbuchen. Im Ranking der renommierten britischen Institution „Times Higher Education“, die aus dem Verlag kommt, in dem unter anderem die Zeitung „Times“ erscheint, landen sechs deutsche Unis unter den ersten 100. Das klingt zunächst eher bescheiden. Doch Deutschland belegt mit den sechs Gelisteten immerhin den dritten Platz weltweit, vor den australischen und französischen und nach den amerikanischen und britischen Hochschulen. Die liegen mit großem Abstand zahlenmäßig vorn. Für das Ranking haben die Autoren ausgewählte Hochschulangehörige befragt, welche Einrichtungen ihrer Meinung nach den besten Ruf haben.

Die Auswertung erfolgte auf Basis von rund 10.000 Antworten. Die Methodik gründet auf subjektiven Einschätzungen. Doch es sind die Professoren und Hochschullehrer, die den Ruf einer Uni neben den Studenten am ehesten in die Welt tragen. Erfreulich ist, dass die deutschen Unis offenbar besser geworden sind. Gegenüber dem Ranking 2014 sind vier von ihnen aufgestiegen. Darunter zwei von Plätzen jenseits des 50, wo nur noch ungefähr Platzierungen angegeben werden, auf Ränge in den Top 50.

Die Ludwig-Maximilians-Universität München erreichte als beste deut-

sche Uni den 35. Platz (2014: Rang 46), Heidelberg landet auf dem 38. Platz (2014: im Bereich zwischen Rang 61 bis 70), die Berliner Humboldt-Uni wird 41. (2014: im Bereich zwischen Rang 71 und 80), die Freie Universität Berlin befindet sich im Bereich zwischen Rang 51 und 60 (2014: zwischen Rang 81 und 90). Ihre Position gehalten haben die Technische Universität München im Bereich zwischen Rang 61 und 70 sowie die RWTH Aachen im Bereich zwischen Rang 91 und 100.

Die ersten Plätze des Rankings belegen Harvard, die Universitäten von Cambridge und Oxford, das Massachusetts Institute of Technology und Stanford. Die Namen deuten an, dass sich mit einem Konzept, wie es die deutschen Unis verfolgen, langfristig kein Aufstieg in die absolute Spitzenliga erreichen lässt. Denn der Ruf der amerikanischen und britischen Unis gründet sich nicht nur auf ihrer Tradition und der Liste der herausragenden Absol-



Beste Hochschule: die Ludwig Maximilians Universität München picture alliance